

Analyse

Putins Sicherheitspolitik und Russlands Intellektuelle

Andreas Langenohl, Justus-Liebig-Universität Gießen

Ein Versagen der Intellektuellen?

Das Russland der Präsidentschaft Wladimir Putins gilt als „defekte Demokratie“. Zwar sind demokratische Institutionen vorhanden, doch politisches Handlungsvermögen und Einflussressourcen sind in der Hand einiger weniger Akteure konzentriert. Die Gesellschaft selbst ist kein Akteur. Als symptomatisch hierfür gilt das Versagen der russischen Intellektuellen, die den Tendenzen der Staatsautoritarisierung unter Putin und seiner Belegschaft, Konflikte gewaltsam zu lösen – wie etwa im zweiten Tschetschenienkrieg –, praktisch keinerlei Widerstand entgegensetzen. Indes war die Erwartung, von Intellektuellen werde Widerstand ausgehen, von Beginn an naiv: denn russische Intellektuelle waren direkt und indirekt an der Entwicklung von Kernelementen der Putinschen Sicherheitspolitik beteiligt.

Die Ausgangslage 1999: „Patriotischer Konsens“ und Eurasismus

Als Putin im September 1999 Ministerpräsident wurde, entwickelte er zunächst sicherheits- und außenpolitischen Vorstellungen, in denen sich eine bewußte Distanz gegenüber dem Westen mit einer nahezu alarmistischen Sorge um die territoriale Integrität Russlands verband. Er tat dies in einer Situation, in der das Meinungsklima auf solche Ansichten in vielerlei Hinsicht vorbereitet war. Seit 1998 war die Medienlandschaft durch einen „patriotischen Konsens“ geprägt, der Kritik an der Regierung, am Präsidenten und sonstigen Machtinstanzen nur sehr bedingt zuließ. Dieses Klima war durch eine Reihe unterschiedlicher Faktoren erzeugt worden. Außenpolitisch hatten die NATO-Luftangriffe auf Serbien im Frühjahr 1999 zu einer Ernüchterung und zu einer tiefen Enttäuschung über das Verhalten der NATO und der USA geführt. Die Bombenattentate auf Wohnhäuser in Moskau und anderen Städten, die das Land im Frühherbst 1999 erschütterten, schufen innenpolitisch ein allgemeines Klima des Sich-Bedroht-Fühlens.

Doch es waren intellektuelle Konzeptionen und Diskussionen, die die öffentliche und politische Wahrnehmung dieser Ereignisse mitgestalteten. Denn der „patriotische Konsens“ war, inhaltlich betrachtet, in erster Linie ein „eurasischer Konsens“. Er nutzte begriffliche Kategorien aus der Eurasismus-Diskussion der 1990er Jahre. Die eurasistische Konzeption, die von russischen Emigranten im Westeuropa der 1920er bis 1930er Jahren entwickelt wurde, nimmt die Existenz eines geogra-

phisch bestimmmbaren Gebildes namens „Eurasien“ an, das halb auf dem europäischen und halb auf dem asiatischen Kontinent angesiedelt ist. Eurasien hat danach eine einzigartige west-östliche Mischkultur hervorgebracht, den institutionellen Garanten findet es im russländischen Staat. Das Konzept hat außen- und sicherheitspolitische Konsequenzen: Erstens erscheint eine Annäherung an den Westen aus dieser Perspektive als weder erfolgversprechend noch wünschenswert, weil die kulturellen Differenzen zu gravierend sind; zweitens erhält die Integrität des eurasischen Territoriums oberste Priorität, was eine starke Staatsmacht zu ihrem Schutz unabdingbar macht.

Formulierung von Sicherheitspolitik: Die Mitwirkung der Intellektuellen

In drei unter Putin verabschiedeten, sicherheitspolitisch relevanten Dokumenten werden Kerngedanken des eurasischen Paradigmas aufgenommen. Die „Nationale Sicherheitskonzeption der Rußländischen Föderation“, die erstmals im Dezember 1997 unter Jelzin verabschiedet wurde, um dann im Januar 2000 durch den nunmehr Putinschen Sicherheitsrat zugespitzt zu werden, beschreibt Russland als ein großes Land „mit einer Jahrhunderte langen Geschichte und reichen kulturellen Traditionen“ und mit einer „einmaligen Lage auf dem eurasischen Kontinent“. Seine Position in der Welt wird als ein „Pol“ in einer „multipolaren“ internationalen Ordnung bezeichnet, eine Vorstellung, die stark an Samuel Huntingtons „clash of civilizations“-These erinnert, die bei Russlands Intellektuellen auf großes Interesse und verbreitete Zustimmung gestoßen ist. In der im April 2000 verabschiedeten „Militärdoktrin der Rußländischen Föderation“, die die Abfassung der „Konzeption“ begleitete, wird mit einem Begriff der „Bedrohung“ gearbeitet, der nicht nur auf einen bewaffneten Angriff, sondern auf jede Gefährdung der nationalstaatlichen Interessen abstellt. Auch die „Konzeption der Außenpolitik der Rußländischen Föderation“ vom Juni 2000 geht von einer Bedrohung des russländischen Staates und seines eurasischen geopolitischen Gewichts durch die Herausbildung einer unipolaren, durch die USA dominierenden Welt aus.

Diese doktrinären Dokumente wurden in der intellektuellen Öffentlichkeit verhandelt, beispielsweise in der Militärzeitschrift „Krasnaja Swesda“. Dies gibt Intellektuellen die Möglichkeit, jenseits der Erzeugung eines bestimmten Meinungsklimas wie etwa des „patriotischen

Konsenses“ direkten beratenden Einfluss auf die Formulierung sicherheitspolitisch relevanter Dokumente nehmen. Im Falle der neuen „Militärdoktrin“ war das beispielsweise u. a. der Leiter des Instituts für USA- und Kanadastudien an der Akademie der Wissenschaften, Sergej Rogov, dessen Kritik zu Modifikationen des Erstentwurfs der Doktrin führte. Aber ihr Einfluss reicht bisweilen sogar tiefer in die Sicherheitsstrukturen hinein: So gehört dem einflussreichen Sicherheitsrat beim Präsidenten der RF neben dem Premier und den Ministern der „Machtdienststellen“ (d.h. mit eigenen polizeilichen oder militärischen Kräften ausgestatteten Ministerien) auch der Präsident der Akademie der Wissenschaften an.

Der kulturrelativistische Schwenk der Intellektuellen

Nur wenige Journalisten wie Anna Politkowskaja und Pawel Felgengauer setzten sich tatsächlich offen und kritisch mit Regierungspositionen und solchen des Präsidenten auseinander. In der Mehrheit nehmen Intellektuelle gern jene Sprachregelungen des politischen Zentrums wieder auf, zu denen sie diesem selbst verholfen haben. Die intellektuelle Öffentlichkeit und das sicherheitspolitische Establishment korrespondieren über den „patriotischen“ bzw. „eurasischen Konsens“, dessen Kern eben die Befürwortung einer starken Staatlichkeit in Russland sowohl im Innenverhältnis als auch auf der Ebene internationaler Politik ist. Zur Begründung bedienen sich viele Intellektuelle mittlerweile derselben Argumentationsmuster: nur staatliche Strukturen seien in der Lage, Ordnung und Sicherheit im eurasischen Raum zu gewährleisten (da internationale Abkommen sich als wenig verlässlich erwiesen hätten). Die geografisch-kulturelle Besonderheit dieses Raums bringt es mit sich, dass westliche Vorstellungen von Staatlichkeit, gesellschaftlicher und moralischer Ordnung nur bedingt übertragbar seien.

Dieser Schwenk zu einer kulturrelativistischen Sichtweise auf Gesellschaft hat u.a. zur Folge, dass Intellektuelle als *moralische Instanz* von der Bühne abtreten. Dies zeigt sich auch anhand eines Vergleichs der Haltung von Medien und Intellektuellen in den beiden Tschetschenienkriegen. In den gewaltigen Auseinandersetzungen zwischen russändischen Regierungstruppen und tschetschenischen Rebellen 1994-1996 und ab 1999 litt vor allem die Zivilbevölkerung. Nach wie vor steht der Vorwurf im Raum, daß Angehörige der föderalen Streitkräfte foltern. Während im ersten Krieg die liberal orientierten, prodemokratischen Medien die Regierungspolitik verurteilten und ihre Haltung mit dem Verweis auf allgemeinmenschlich-moralische Prinzipien motivierten, gibt es dieses Kritikmuster im zweiten Krieg praktisch nicht mehr. Dies hängt auch mit Versuchen der präsidialen Exekutive zusammen, die Massenmedien auf Li-

nie zu bringen, wie ein „Instruktionsbrief“ an die Medienvertreter belegt, der zwar schon aus dem Jahre 1996 stammt, aber erst im zweiten Krieg Beachtung fand. Der Grund für das Einlenken der meisten Journalisten ist in einem gewachsenen Druck auf sie zu sehen: Die Medienunternehmen sind mittlerweile von Großkonzernen dominiert, die, da sie staatliche Protektion erfahren, an einer Kritik der Exekutive nicht interessiert sind.

Präsident und Intellektuelle: Hand in Hand

Bemerkenswert ist, dass selbst dort, wo Kritik am sicherheitspolitischen Vorgehen zu erwarten gewesen wäre, diese sich erst spät bzw. überhaupt nicht regte und stattdessen die Sprachregelungen der Regierung und des Präsidenten übernommen wurden. Dies gilt etwa für die wichtigste russändische Menschenrechtsorganisation *Memorial*, die den zweiten Tschetschenienkrieg erst relativ spät als solchen bezeichnete und stattdessen zunächst die Aktion ganz auf Regierungslinie als Kampf gegen den Terrorismus bezeichnete. Symptomatisch ist auch der Fall des als liberal geltenden Reformers Anatolij Tschubajs, der dem Jabloko-Chef Grigorij Jawlinski „Verrat“ vorwarf, weil dieser sich für Verhandlungen mit der tschetschenischen Seite eingesetzt hatte.

Noch weiter geht die Buchpublikation des bekannten Wissenschaftlers Walerij Tischkow (*„Die Gesellschaft im bewaffneten Konflikt: Ethnografie des Tschetschenienkrieges“*, Moskau 2001, russisch). Tischkow ist Leiter des Akademie-Instituts für Ethnologie und Anthropologie und war 1992 unter Präsident Jelzin Minister für Nationalitätenfragen der RF. Das Buch rechnet mit der Berichterstattung westlicher Journalisten über den ersten Krieg ab. Tischkow argumentiert zunächst durchaus überzeugend, dass die Massenmedien zur Verbreitung eines klischeebeladenen Bildes „der“ Tschetschenen beigetragen hätten, das dann von den Kämpfenden auch bedient worden sei. Anschließend aber klagt er westliche Kritiker Moskaus eines (so wörtlich) „moralischen Terrorismus“ an, der eine differenzierte Sichtweise auf den Konflikt verhindere. Wenn westliche Medien ihrerseits kritisieren, daß die Anschläge auf russische Wohnhäuser im September 1999 pauschal tschetschenischen Terroristen zugeschrieben wurden, verweist Tischkow darauf, dass dies nur die unmittelbare Anfangsphase der Berichterstattung betrefte und daß Putin selbst davor gewarnt habe, den Terrorismusvorwurf auf das ganze tschetschenische Volk auszudehnen. Diesen präsidialen Vorbehalten zum Trotz übernimmt Tischkow letztendlich jedoch eben den engrenzten Begriffs des „Terrorismus“, dessen sich Putin bedient, um die Kriegsführung in Tschetschenien und allgemein seine Sicherheitspolitik zu rechtfertigen.

Resümee: Sicherheitspolitik und intellektuelle Gesellschaftskritik

Als Jegor Gajdar kürzlich von Condoleezza Rice nach seiner Ansicht darüber gefragt wurde, was man tun könne, um die liberal-kritischen Demokraten in Russland zu unterstützen, antwortete er: Nichts. Zumal im Moment stehe man auf verlorenem Posten. Diese negative Einschätzung findet ihre Begründung einmal in der Strukturveränderung des politischen Systems, die zu einer verstärkten Machtkonzentration bei Präsident und Exekutive geführt hat. Doch sie folgt auch daraus, daß gerade die, die die Möglichkeit zu Kritik hätten und die Motive, Kritik zu äußern, haben müssten, eben auf Kritik verzichten. Wenn das selbsterkannte „moralische Gewissen“ Russlands, Alexander Solschenizyn, die russischen

Luftschläge auf Tschetschenien mit dem Argument rechtfertigt, dass „der Terror“ im Nordkaukasus gestoppt werden müsse, drängt sich der Eindruck auf, dass die russischen Intellektuellen sich zu Komplizen des Zentrums machen, wenn es Begriffe bewußt verwischt und verzerrt. Die Idee eines starken Staates, der sich der „terroristischen“ Bedrohung zu stellen habe und nicht verraten werden dürfe, hat sich in der Legitimierung des Krieges in Tschetschenien als Grundmuster durchgesetzt. Sie wurde durch Intellektuelle an die politische Macht herangetragen und für sie operationalisiert, besonders durch die Diskussionen über die eurasische Idee.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über den Autor:

Dr. Andreas Langenohl ist wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der Justus-Liebig-Universität Gießen im Bereich Politische Soziologie und Kulturosoziologie.

Lesetipps:

Sabine Fischer: Russlands Westpolitik in der Krise 1992–2000. Eine konstruktivistische Untersuchung, Frankfurt am Main u.a. 2003 (= Studien der HSK, Band 43).

Hannes Adomeit: Konzeptionelle Leitlinien in der Außenpolitik Russlands, in: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens 2001, H. 4/5, S. 353–365.

Alla Kassianova, Ist Russland noch westorientiert? Die Entwicklung der Staatsidentität in den Diskursen über Außen- und Sicherheitspolitik, in: Osteuropa 2001, H. 10, S. 1200–1218.

Das Manifest der eurasischen Bewegung <<http://eurasia.com.ru/deutsche.html>>

Tabellen und Graphiken zum Text

Russlands Platz in der Welt aus Sicht der russischen Bevölkerung

Die Einstellung der Welt zu Russland in der Wahrnehmung der russischen Bevölkerung im Jahre 2004

Wie verhält sich die Welt im allgemeinen heute zu Russland - gut oder schlecht?

